

JU diskutiert die Kunst des Möglichen Energiewende im Landkreis Ebersberg

„Politik ist die Kunst des Möglichen.“ – diesen Ausspruch Otto von Bismarcks macht sich der JU-Kreis-Chef Tobias Scheller zu eigen, wenn er über die Energiewende im Landkreis Ebersberg spricht. Auf der vergangenen Kreisausschusssitzung hat sich der Ebersberger CSU-Nachwuchs mit der Frage beschäftigt, ob und wie die Energiewende auch im eigenen Landkreis vollzogen werden kann. Hierzu hatten die Jungpolitiker Jürgen Hoffmann von der Fa. Green City Energy sowie Anja Walz, die Kreisvorsitzende des AKU zu Gast.

Jürgen Hoffmann berichtete über das mögliche Windparkprojekt im Ebersberger Forst, mit dem – nach der Potentialvoranalyse – 36.000.000 kWh/a gedeckt werden könnten. Die Juler nutzten die Gelegenheit um sich über die Eingriffe in das Landschaftsbild, den Schattenwurf und die Schallemissionen sowie über Vor- und Nachteile möglicher Standortveränderungen zu informieren.

In der anschließenden Diskussion referierte Anja Walz über verschiedene, regenerative Energieträger und postulierte, dass für eine solide dezentrale Energieversorgung auch ein Mix der Energieerzeugung notwendig sei.

Für die Junge Union sei die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger besonders wichtig – „Sie müssen von Betroffenen zu Beteiligten gemacht werden.“ sagt Scheller. Im Rahmen der vierstündigen Sitzung erarbeitete der CSU-Nachwuchs ein Fünf-Punkte-Programm, mit dem die Junge Union im Landkreis Ebersberg einen Diskussionsbeitrag leisten will, wie der Prozess der Energiewende im Landkreis gestaltet und möglich gemacht werden könnte.

- Die Entscheidung zur Energiewende war richtig und wichtig. Wenn sich nach einer DeutschlandTREND-Umfrage vom April 2011 selbst bei den Anhängern der Regierungsparteien zwischen 74% (Union) und 85% (FDP) für einen Ausstieg spätestens um 2020 aussprechen, darf es kein Zurück mehr geben.
- Die Umsetzung muss mit einem Höchstmaß an Sensibilität vor Ort betrieben werden. Betroffene sollen frühzeitig gehört, informiert und in die Projektplanung mit einbezogen werden. Es gilt der Grundsatz: Mensch vor Maschine. Eine interessante Einbindung der Bürgerinnen und Bürger ist das Modell des Bürgergutachtens. Es ist zu überlegen, inwieweit der Betreiber an den Kosten hierfür beteiligt werden kann.
- Die Bundes- und Landespolitik darf die Kommunen nicht im Regen stehen lassen. Dort, wo staatliche Vorhaben den Kommunen zur Entscheidung vorgelegt werden, müssen auch Mittel zur professionellen Information der Bürger zur Verfügung gestellt werden.
- Ökonomie, Ökologie und Soziales müssen sensibel austariert werden. Der Landkreis Ebersberg wird nur dann als Investitionsstandort für Unternehmen regenerativer Energieträger interessant bleiben, wenn sich ökologische Energiegewinnung mit den wirtschaftlichen Zielen der Investoren in Einklang bringen lassen.
- Es bedarf der Anstrengung aller Beteiligten. Politik, Wirtschaft, Experten und Bürger müssen sich gemeinsam ihrer Verantwortung für eine solide Energieversorgung in Zukunft bewusst sein. Die Ablehnung von Versorgungsvorschlägen reduziert alle möglichen Lösungsvorschläge.

Die Junge Union im Landkreis Ebersberg will die Energiewende auch im eigenen Landkreis. Der Kreistagsbeschluss, bis 2030 energieautark und CO2-neutral sein zu wollen, ist im Rahmen der neuen Gesetzeslage zu forcieren.